aufgetreten. Das waren die Abgeordneten aus den Bezirken, wo der Druck der sozialdemokratischen Arbeiter stark ist auf die Führer. Die „Leipziger Volkszeitung", das Sprachrohr dieser opponierenden Abgeordneten, schreibt denn auch am 18. Mai:

„Die Regierung Dr. Marx führt mit den gleichen Personen die Politik Dr. Luthers fort. Ihr gebührt daher die gleiche Behandlung, wie die unter dem Regime des gestürzten Kanzlers. Wer A sagte, muß auch den Mut aufbringen, B zu sagen, trotz der Sterndeuterei diverser politischer Astrologen. Herr Dr. Marx verdient für die Fortführung der Lutherpolitik das gleiche Mißtrauensvotum wie sein Vorgänger."

Hier ist schon die Halbheit dieser „Linken". Die gleiche Behandlung der neuen Regierung, das heißt doch ihre Unterstützung. Und das gleiche Mißtrauensvotum für Marx wie für Luther, das heißt, den Kanzler stürzen und die Regierung halten!

Wenn die oppositionellen Abgeordneten beweisen wollen, daß es ihnen ernst ist mit ihrem Kampf gegen die Regierung, bitte, sie mögen dem kommunistischen Mißtrauensvotum zustimmen. Das fordert auch das „Sächsische Volksblatt" in Zwickau vom 18. Mai:

„Nach unserer Meinung müßte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eingebrachten Mißtrauensvoten gegen die Marx-Regierung zustimmen."

Der Beschluß der Fraktion ist das Gegenteil davon. Die Führer kümmern sich nicht um den Willen der Arbeiter. Um so mehr müssen die sozialdemokratischen Arbeiter die Einheitsfront mit den Kommunisten gegen den Willen ihrer Führer zustandebringen. Nur die Einheitsfront der Arbeiter wird diese Regierung stürzen und an ihre Stelle die Arbeiter- und Bauernregierung setzen können.

Das Abrüstungsgerede in Genf

Die mit so vieler Spannung erwartete Tagung der Abrüstungskommission des Völkerbundes hat begonnen. Es ist jene Kommission, zu der angeblich auch Sowjetrußland geladen war, aber unter Voraussetzungen, die eine tatsächliche Teilnahme russischer Delegierter unmöglich machten. Nun sind die Herren Kapitalisten unter sich und können zeigen, was sie unter Abrüstung verstehen. Der Vertreter Amerikas hielt eine sehr vorsichtige Rede, die allgemein das Bekenntnis zum Abrüstungsgedanken enthielt, aber zugleich sich alle Wege offen ließ. Deutlicher wurde der Sprecher Englands, Lord Robert Cecil. Lord Cecil ist seit Jahren der Völkerbundsspezialist Groß-Britanniens. Er versteht es meisterhaft, die Raubpläne der englischen Bourgeoisie pazifistisch anzumalen. Er erklärte sich in erster Linie für eine Abrüstung der Luftflotte, während die Marine-Abrüstung ihn wenig interessiert. Diese Haltung des englischen Delegierten ist begreiflich. Man fürchtet in einem Zukunftskrieg die Ueberlegenheit der französischen Flieger.

Der Delegierte Deutschlands auf der Abrüstungskonferenz ist Graf Bernsdorff, unter dem Kaiserreich deutscher Botschafter in Washington und jetzt Völkerbundsschwärmer und demokratischer Reichstagsabgeordneter. Graf Bernsdorff hat für das Genfer Theater die nötige salbungsvolle Sprache und den nötigen Zynismus. Der Grundgedanke seiner Rede war der folgende: Der Versailler Vertrag hat Deutschland eine einseitige Abrüstung auferlegt. Deutschlands Heer ist zur Zeit so klein, daß es zur Sicherung des Landes nicht ausreicht. Der Völkerbund habe die Aufgabe, die Abrüstung Deutschlands zur Abrüstung aller Länder zu erweitern.

Der Hintergedanke ist dabei folgender: Die ungleiche Behandlung Deutschlands und der übrigen Mächte kann nicht weiterbestehen. Entweder die anderen rüsten auch ab, oder die anderen behalten ihre Heeresstärke und man läßt Deutschland aufrüsten. Das ist seit langem das Programm der deutschen Bourgeoisie.

*

Schon die ersten Sitzungen der Abrüstungskommission in Genf haben den Charakter dieser Körperschaft völlig enthüllt. Jede einzelne kapitalistische Macht will die Abrüstungsformel dazu benutzen, um für künftige Kriege die eigene Position zu stärken und die Position der Gegner zu schwächen.

Während so die Herren der imperialistischen Staaten in Genf von Frieden reden, zeigen sich immer deutlicher die Gegensätze im kapitalistischen Lager. Zwischen England und Frankreich, den beiden an der Vorherrschaft in Europa jetzt am stärksten interessierten Staaten, wachsen die Schwierigkeiten mit der Länge der Verhandlungen.

Daneben wütet Frankreich in Damaskus wie die Barbaren. 15 Stunden warfen die französischen Geschütze ihren Eisenhagel in die Stadt, 500 Einwohner, Frauen und Kinder wurden getötet. In Genf reden die Verbrecher aber vom Frieden. Graf Bernsdorff hält eine Rede nach der anderen. Er tut, als sei es ihm furchtbar ernst mit dem Abrüsten. Aber auch Bernsdorff der jetzt das Verbot des Luft- und Gaskrieges fordert, weiß, daß seine Reden keine ernsten Absichten sind, sondern solche verbergen. Die Reden sind für die kriegsmüden Arbeiter. Hinter den Kulissen gehen die Rüstungen lustig weiter.

Die Stellung der sächsischen Regierung zum Wikingbund

Von der Staatskanzlei wird uns geschrieben:

Der Minister des Innern hat dem Kapitänleutnant a. D. v. Killinger auf sein bekanntes Schreiben folgende Antwort erteilt:

Dresden, am 20. Mai 1926.

„Mit Schreiben vom 15. Mai 1926 haben Sie dem Ministerium des Innern drei Schriftstücke unterbreitet:

1. Satzung des Bundes Wiking,
2. nationale Einheit tut not. Arbeitsprogramm des Kap. Ehrhardt und der ihm angeschlossenen Verbände,
3. Rundschreiben Nr. 38 vom 5. 3. 1926.

Gleichzeitig haben Sie erklärt, daß der Wikingbund sich jedweder monarchistischer Propaganda enthalte, geschweige denn daß er sich monarchistischer Umtriebe schuldig mache. Diese verweise er laut Programm des Kapitäns Ehrhardt. Sie haben am Schlusse des Schreibens der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß Ihre Ausführungen genügten, daß der Frage, ob der Wikingbund auch in Sachsen verboten werden solle, überhaupt nicht nähergetreten zu werden brauche. Das Ministerium hat Ihnen hierauf folgendes zu eröffnen:

Die überreichten Schriftstücke sind dem Ministerium sämtlich bereits bekannt. Dem Ministerium ist aber aus der Erfahrung der letzten Jahre ebenso bekannt, daß das tatsächliche Verhalten einzelner Vereinigungen im Widerspruch zu ihren Satzungen und Schriftstücken steht. Das Ministerium kann daher bei seiner Entschließung auf solche Satzungen und Schriftstücke keinen Wert legen, sondern, muß seine Entschließung lediglich von dem tatsächlichen Verhalten der betreffenden Vereine und Organisationen abhängig machen. Hierbei soll besonders darauf hingewiesen werden, daß das schriftliche Programm des Kapitäns Ehrhardt für das Ministerium um so weniger beweiskräftig sein kann, als es im Widerspruch zu dem früheren Verhalten Ehrhardts steht, der wegen Hochverrats, Beihilfe zum Meineid und Meineids angeklagt war, und dessen Strafverfahren lediglich durch die inzwischen erfolgte Amnestie nicht zum Abschluß gelangte.

Das Ministerium des Innern wird also seine Entschließung, ob der Bund Wiking auch für Sachsen zu verbieten ist, lediglich von dem tatsächlichen Verhalten des Bundes und seiner Mitglieder abhängig machen, wobei von ausschlaggebender Bedeutung sein wird, welche Feststellungen das zuständige Gericht über das Verhalten des Wikingbundes und seiner Mitglieder treffen wird.

Da die Landesleitung des Wikingbundes die Eingabe vom 15. 5. 26. gleichzeitig der Presse mitgeteilt hat, hält es das Ministerium für zweckmäßig, vorstehende Antwort ebenfalls der Presse bekanntzugeben.

Ministerium des Innern
(gez.) Müller."

Das Innenministerium legt sich gegenüber dem völkischen Verband eine sehr vorsichtige Reserve auf. Dem Ministerium ist bekannt, daß das Verhalten der Völkischen im Widerspruch mit ihren Statuten steht. Diese Bemerkung deckt die außerordentlich große Loyalität auf, mit der der Innenminister die Militärverbände der Nationalisten behandelt. Würde es sich um die KPD. handeln, der Minister würde sicher nicht die Entscheidung des Gerichts abwarten. Aber dann wäre die Sache ja auch anders.

Jetzt liegen die Dinge so, daß das Gericht von Anfang an auf seiten der Ehrhardtler steht. Bei den Kommunisten stände von vornherein das Gegenteil fest.

Wir wollen zum Schluß die bescheidene Anfrage an den Innenminister richten: Wenn bekannt ist, daß die Völkischen anders handeln, als sie in ihrem Programm angeben, weshalb wird dies Material nicht benutzt, um die Organisationen aufzulösen?

Der Kampf der Linken gegen die 23

Die „Dresdner Volkszeitung" vom Dienstag den 18. Mai bringt einen Bericht über eine sozialdemokratische Gemeinschaftsfeier in Pieschen. Die Feier galt nach den Mitteilungen der „Volkszeitung" den Alten aus der Sozialdemokratischen Partei. Besonders hervorgehoben wurden dabei u. a. auch die bekannten Sozialdemokraten Buck, Kühn, Nitsche, Haak usw. Es bleibt bezeichnend für die Einstellung dieser Sozialdemokraten, daß sie zu ihren Gedenktagen ausgerechnet der Renegaten gedenken, die sie selbst jeden Tag als Verräter brandmarken. Soviel man aus dem Bericht ersieht, hat nämlich der Referent die Wandlungsfähigkeit dieser Leute nicht charakterisiert. Soweit uns erinnerlich, gehört der Pieschner Bezirk der Sozialdemokratischen Partei zu den Bezirken, die sich hinter den Landesvorstand, also hinter die sogenannten Linken gestellt haben. In der Praxis schafft man aber Sympathien für die sogenannten „alten Kämpfer". Diese Art der Gedenkfeiern deckt sich mit der ganzen Methode des Kampfes der Linken gegen die Rechten. Nirgends eine ernsthafte politische Stellungnahme gegen die Renegaten, statt dessen hilft man ihnen, von der Tradition zu leben.

Achtung RFB.

Die Berlinfahrer, die mit der Bahn fahren, stellen sich Sonnabend 11 Uhr vormittags auf dem Freiberger Platz, um geschlossen zum Bahnhof zu marschieren. Die Autofahrer treffen sich zwischen 12 bis 1 Uhr am „Bürgergarten", Löbtau.

Alle Genossen und Genossinnen, die nicht mitfahren, finden sich zur Begrüßung der Abfahrenden ein.

Bürgerkriegsübungen in Thüringen

Berlin, 21. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In Ilburg bei Osnabrück wurden vom Stahlhelm an den letzten Sonntagen lebhafte Schießübungen abgehalten, zum Teil unter Aufsicht des Landjägers des Kreises Ilburg. Auf der Tanzbuche bei Friedrichsroda in Thüringen hält der Jungdo feldmarschmäßige Uebungen ab. Aus ganz Thüringen wird eine gesteigerte Tätigkeit der Faschisten gemeldet. In Schönau vor dem Wald fanden am Himmelfahrtstage große militärische Uebungen mit regelrechten Straßenkämpfen und Feuergefechten statt.

Trotz dieser Feststellungen erklärte die faschistische thüringische Regierung, daß die Mitteilungen über Rüstungen von Faschisten nicht wahr seien. Die Regierung droht alle Verbreiter solcher Meldungen zu verfolgen.

Die Faschisten-Regierung deckt und schützt die Mordorganisationen. Sie will verhindern, daß die Arbeiter von den Tatsachen erfahren. Die Arbeiterschaft soll nicht zur Abwehr rüsten. Nun, die Arbeiter wissen wie sie derartige amtliche Dementis zu bewerten haben.

Gerade wegen dieser Erklärung der Regierung werden die Arbeiter auf der Hut sein müssen.

Die englischen Arbeiter erwarten die Hilfe des internationalen Proletariats

Berlin, den 20. Mai 1926.

Kürzlich weilte der Vorsitzende des englischen Gewerkschaftsbundes Purcell in Berlin, um mit den Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen über die Unterstützung der streikenden englischen Arbeiter und der Opfer des englischen Generalstreiks zu verhandeln.

Entgegen den falschen Meldungen, daß die englischen Arbeiter weder materielle Hilfe brauchen, noch wünschen, erklärte Purcell dem Zentralkomitee der Internationalen Arbeiterhilfe, daß die englische Arbeiterklasse dringend die finanzielle Unterstützung der gesamten Arbeiterklasse braucht. Purcell übergab dem Zentralkomitee der Internationalen Arbeiterhilfe folgenden Appell zur Veröffentlichung:

„Im Namen der kämpfenden Massen der britischen Bergarbeiter und ihrer Familien rufe ich die Arbeiter der ganzen Welt auf, diesem Hilfs- und Unterstützungsappell den größten Widerhall finden zu lassen. Der Kampf der Bergarbeiter ist nicht nur ein Kampf der letzten drei Wochen, sondern er ist ein andauerndes hartnäckiges Ringen während der letzten drei Jahre und durch ihren Widerstand, der in Wirklichkeit ununterbrochen war, befinden sie sich in einer sehr traurigen Lage. Dennoch ist ihr Kampfgeist durch ihr so lang andauerndes, todesmutiges Ringen keineswegs gebrochen, sondern sie stehen im Gegenteil entschlossener als je da.

Dies ist ihre bewunderungswürdige und in Erstaunen setzende Mitwirkung an der Klassensolidarität, die überall eine Antwort seitens der internationalen Arbeiterklasse erheischt, nämlich ungeachtet linker oder rechter Parteien oder Richtungen, ungeachtet aller Schwierigkeiten und Hindernisse jegliche moralische und finanzielle Hilfe zu leisten, um so auch ihren Tribut zu zahlen und damit die Notwendigkeit einer zu jeder Zeit bereiten Solidarität der Arbeiterklasse der ganzen Welt zu beweisen.

Berlin, den 18. Mai 1926

A. A. Purcell."

Purcell traf hier ein, als der „Vorwärts" die Aufforderung des ADGB. veröffentlichte, alle Sammlungen für die englischen Streikenden einzustellen.

Wir hoffen, daß der erneute Appell an die internationale Solidarität nicht ungehört bleibt und daß auch die deutschen, wie die holländischen und andere Gewerkschaften mit der Zeit für die Unterstützung der kämpfenden englischen Arbeiter sammeln und werben.

Möge der erneute Appell der englischen Arbeiter, dieser Notruf um Unterstützung und Hilfe von jedem Arbeiter gehört und befolgt werden.

Die englischen Bergarbeiter kämpfen weiter

Die Bergarbeiter haben sich heute mit den gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen, die von der englischen Regierung beabsichtigt sind, einverstanden erklärt, lehnen jedoch den Vorschlag Baldwins auf Lohnherabsetzung grundsätzlich ab. Der Streik geht weiter. Das Komitee der Grubenbesitzer wird heute abend wieder zusammentreten, um die Antwort auf die Regierungsvorschläge auszuarbeiten.

Im Unterhaus erklärte heute der Unterstaatssekretär des Innern Sire W. Joynson Hicks auf eine Anfrage, was die Regierung zu tun gedenke, um die Auszahlung der russischen Streikunterstützung von 2 600 000 Goldrubel an die Gewerkschaften zu verhindern, der Streik sei beendet und wenn die Gewerkschaften heute Gelder von ausländischen Organisationen hereinnehmen, um die Streikfolgen bei ihren Mitgliedern zu lindern, dann könne die Regierung kaum irgendwelche Maßnahmen treffen, um dies zu verhindern. Sire Walter Runciman, während des Streikes Obmann des Sicherheitsausschusses für die Schiffahrtsindustrie, erklärte, daß er die Verluste, die das Land durch den Streik und seine Folgen erleidet, auf rund 30 Millionen Pfund Sterling schätze. Nicht berücksichtigt seien dabei die Verluste, die das englische Wirtschaftsleben durch den zeitweiligen Verlust von Absatzgebieten und durch Zurückgabe überseeischer Aufträge erlitten habe. Er sei aber fest überzeugt, daß die englische Wirtschaft diesen Schlag schnell parieren werde.

Der Geiger von Florenz

Paul Czinner, der Regisseur des titel- und handlungsarmen Films „Nju", erschien den Bürgern als ein Reformator. Nach dem letzten Werk werden sie selbst nicht mehr daran glauben. Sein neuer Hang, die Bildfolge mit Texten zu überladen, beweist endgültig die filmische Gedankenarmut. Aus dem Einfall, eine Pensionsgans in Hosen nach Italien fliehen zu lassen, hätte ein gutes bürgerliches Lustspiel entstehen können. Czinners Produkt erzeugt nur Langeweile. Elisabeth Bergner, eine vortreffliche Bühnenschauspielerin, hilft darüber nicht weg. Ihr noch undiszipliniertes Gebärdenspiel überwuchert die Mimik. Unmögliche und meist zu weite Apparateinstellungen vergrößern diese Fehler. Hunderte von Metern läuft das Bild vollkommen leer. Uebrig bleiben Szenchen, schlecht durch banale Tagebuchblätter verbunden. Der geistige Eindruck von diesem Film entspricht der Hohlheit der bürgerlichen Atmosphäre, in der er sich abspielt. Das enttäuschende Wesen der Photographie widerspricht der Wesensart der brüchig gewordenen bürgerlichen Gesellschaft. Wahre Erschütterungen können von einer selbst aufgezwungenen Halbheit nicht mehr ausgehen. Die Wut auf den „Potemkin" ist nur zu verständlich. J—s.

Faschistendemonstration

Berlin, 16. Mai 1926

Unversöhnlicher Haß
Schritten neben ihnen,
Als die Schwarzweißroten demonstrierten,
Arbeiter und Arbeiterinnen,
Eine lebendige Mauer.
Spuk oder Wirklichkeit?
Und auch die Häuserfronten öffnen sich.
In den Fenstern: graue verhärmte Gesichter,
Knirschen mit den Zähnen . . .
Traum oder Wachen?!
Das Gelumpe schwarzweißroter Fahnen,
Ordensbrüste, Schärpen,
Eingezwängt darin stinkblöde Männlein und Weiblein,
Trippeltanten, Schießbudenfiguren:
Schwingen schwarzweißrote Kinderfähnlein im Takt . . . .
(Oder haben sich auch welche hierher verirrt
In diesen Wanderzirkus,
Die noch nicht ganz panoptikumreif sind!?)
Für was demonstrieren sie!?
Für die Volksverdummung,
Für den Volksbetrug,
Für Fürsten und Fürstenhuren,
Und der patentierte neudeutsche Faschistenschutz,
Die Polizeioffiziere,
Stürzen sich auf jedes arbeiteähnliche Wesen,
Wenn zu beiden Seiten der Straße
Etwas zu sichtbar aufmuckt,
Mit Jiujitsugriffen, Gummiknüppel.
Aber es singt dennoch
Hüben und drüben
Hinten und vorn
Zu beiden Seiten des Gespensterzugs —
Die lebendige Mauer singt,
Singt die „Internationale".
Die Schwarzweißroten aber wackeln dazwischen,
Eingeklemmt,
Außer Atem, aus der Reihe gekommen,
Außer Schritt,
Mit kleinen zappelnden ängstlichen Schrittchen
Und ihre Vereinsmusik — „lesche Kerls"
Froschgrün gekleidet —
Zirpt blechern:
„Das Wandern ist des Müllers Lust."
Die Republik schützt die Faschisten.
Die Republik haut die Straße frei
Für den Umzug des schwarzweißroten Kadavers.
Die Republik ist „Blut" von seinem „Blut",
Geruch von seinem Geruch.

Johannes R. Becher.

Neues aus Rußland

Gesamtausgabe von Essenins Werken. Der russische Staatsverlag bereitet eine Gesamtausgabe sämtlicher Werke Essenins, die unveröffentlichten inbegriffen, vor.

Zeitzeichen aus Moskau. Seit kurzem gibt Moskau um 12 Uhr nachts (OEZ) ein Zeitzeichen vom Spasski-Turm des Kreml auf dem Roten Platz in Moskau. Das Mikrophon ist in etwa 100 Meter Entfernung vom Turm auf einem benachbarten Gebäude aufgestellt und überträgt nicht nur das Glockenzeichen, sondern auch die Straßengeräusche, die dann von den um 12 Uhr einsetzenden kräftigen Schlägen der Turmglocken übertönt werden.

„Die Volkswirtschaft der UdSSR.", Nr. 8. Herausgegeben von der Handelsvertretung der UdSSR. in Deutschland. Das soeben erschienene Heft 8 enthält eine Betrachtung über die Ergebnisse der neuen Wirtschaftspolitik („Nep") in den fünf Jahren ihrer Durchführung. Ein weiterer Aufsatz untersucht die Höhe und Struktur des heutigen Nationaleinkommens der UdSSR. — Von den übrigen Artikeln, die über die einzelnen Zweige der Volkswirtschaft berichten, seien hervorgehoben: „Die Lage der Landwirtschaft in der RSFSR.", „Fortschritte im Bergbau" und „Der Stand der Graphitgewinnung". Das Heft bringt ferner eine Beschreibung der Naturschätze des russischen Nordens aus der Feder des bekannten Forschers Professor R. L. Samoilowitsch.

Naphthahaltiges Erdreich im Wolgagebiet. Im Wolgagebiet ist naphthahaltiges Erdreich entdeckt worden. Untersuchungen, die unter der Leitung von Ing. Smirnow vorgenommen wurden, haben ergeben, daß es sich um Fortsetzungen der Erdölfelder von Baku—Großny Emba handelt.

Die Ausbeutung der Petschora-Kohle. Die geologische Expedition unter Leitung von Professor Tschernow, die die Steinkohlenlager an den Nebenflüssen der Petschora erforscht hatte, ist mit befriedigenden Ergebnissen zurückgekehrt. Zur Ausbeutung der Petschora-Kohle ist eine Gesellschaft gegründet, die ihre praktische Tätigkeit der Ausbeutung der Steinkohlenlager im Mai beginnt.